

**FEBRUAR 2023**



# **CENTRAL MEDITERRANEAN INFO**



# ANKÜNFTE

borderline-europe zählte im Februar 2023 6399 geflüchtete Menschen, die über das Mittelmeer in Italien ankamen. Die vom UNHCR (9369), der IOM (9985) und dem italienischen Innenministerium (9470) veröffentlichten Zahlen sind wesentlich höher, was darauf zurückzuführen sein kann, dass es keine klaren und öffentlichen Informationen über bestimmte Ankünfte gab. Während es in den ersten Wochen des Monats recht ruhig blieb, stiegen die Ankünfte ab Mitte Februar sehr schnell an. Mit der Rückkehr des guten Wetters kamen innerhalb von drei Tagen **mehr als 2.700 Menschen** (die in Tunesien losgefahren waren) in Lampedusa an Land gingen, wo der Hotspot mit einer Kapazität von weniger als 400 Plätzen kurz vor dem Zusammenbruch stand: **"Es handelt sich nicht um einen Notfall**, sondern um eine politische Entscheidung", denn eine würdige Aufnahme ist ein Recht, das jeder Schutzsuchende haben sollte.

Seit dem 18. Januar (der italienische Innenminister Matteo Piantedosi und des Außenministers Antonio Tajani reisten an diesem Tag nach Tunis) sind allein aus Tunesien 3.800 Menschen angekommen, und seit Beginn der Regierung Meloni sind **mehr als 40.000 Menschen** in Italien von Bord gegangen (94 % mehr als im gleichen Zeitraum im Vorjahr).

**Diese steigenden Zahlen** begründen keinen Notstand (in einem so bevölkerungsreichen Land, in dem zudem die Mehrheit der neu Ankommenden weiter nach Nordeuropa reisen möchten). Sie entlarven hingegen die irreführende Propaganda der rechten Regierung, die, nachdem sie erkannt hat, dass eine "Seeblockade" nicht durchführbar ist, einen anderen Sündenbock gefunden hat: die NGOs. Tatsächlich wurden von den oben genannten rund 40.000 Ankommenden **nur etwa 8 % von NGOs** gerettet, abweichend vom sog. "Pull-Faktor-Narrativ" (auch nachzulesen in der **letzten CMI**).

Alarm Phone berichtet, dass es "Tausende von Menschen - mit ihren Geschichten, ihren Gesichtern, ihren Wünschen - geschafft haben, Lampedusa **eigenständig und unabhängig von der Rettung durch NGOs zu erreichen**".

Das harte Vorgehen gegen die NGOs erfolgt nicht nur durch populistische Propaganda, sondern auch durch einige konkrete Maßnahmen, die die Rettung vieler Geflüchteter wirklich behindern: so unter anderem das Gesetzesdekret und die Zuweisung von weit entfernten Häfen (darüber mehr im Kapitel "Ziviler Widerstand").

Nichtsdestotrotz wurden die Rettungsaktionen im zentralen Mittelmeer in diesem Monat von folgenden NGO-Organisationen durchgeführt: Sea-Eye (Sey-Eye4), Emergency (Life Support), Salvamento Marítimo Humanitario (Aita Mari), SOS Méditerranée (Ocean Viking) und MSF (Geo Barents). Es gelang ihnen, 466 Menschen zu retten, 7 % der Gesamtzahl der Ankommenden.

# PULLBACKS

In diesem Monat wurde eine große Zahl von Menschen gewaltvoll abgefangen. Mehr als 967 Personen, die aus Libyen flohen, wurden von den libyschen Behörden im Mittelmeer gewaltsam abgefangen und in ihr Land zurückgebracht. Auch die tunesische Küstenwache hinderte 1259 Personen an der Überfahrt nach Italien.

Wie in früheren Ausgaben berichtet, sind sich Italien und die Europäische Union dieser Situation nicht nur bewusst, sondern tragen mit Finanzierungen und bilateralen Abkommen aktiv zu dieser grausamen Praxis bei.

Am 2. Februar wurde Italiens **Migrationsvereinbarung (Memorandum of Understanding)** mit Libyen automatisch um weitere drei Jahre verlängert. Human Rights Watch (HRW) warnte, dass "die Unterstützung der libyschen Küstenwache, wohl wissend, dass sie die Rückführung Tausender von Menschen zu schweren Menschenrechtsverletzungen erleichtert, Italien und die Europäische Union zu Komplizen solcher Verbrechen macht".

Nach Angaben von HRW hat die so genannte libysche Küstenwache mit Unterstützung der italienischen Regierung seit 2017 über **108.000 Menschen abgefangen**.

Am 8. Februar fand in Adria (Venetien) eine Zeremonie statt, bei der **die italienische Regierung das Schiff TS-LCG 300** an ihr libysches Pendant übergab. Das Boot kann 200 Personen transportieren und wurde, so der italienische Außenminister Tajani, zur "Stärkung der libyschen Aktivitäten gegen den Menschenhandel" übergeben, wobei die unwürdigen und unmenschlichen Bedingungen an den Orten, an die diese Menschen nach ihrer Rückkehr an die libyschen Küsten gebracht werden, völlig ignoriert wurden. In der Folge kam es zu **zahlreichen Protesten**.

Am 21. Februar wurden **fünfzehn der in Salerno angekommenen Migranten zurückgewiesen**. Das Polizeipräsidium von Salerno hat ihnen die Einreise mit der Begründung verweigert, sie kämen aus Algerien, einem Land, in dem kein Krieg herrsche. Nur zwei Frauen und drei Minderjährige (in ihrer Begleitung), die zu der Gruppe gehörten, dürfen auf italienischem Staatsgebiet bleiben. Ein weiterer algerischer Staatsangehöriger wurde als mutmaßlicher Schmuggler festgenommen.

## TOTE & VERMISSTE

Auch im Februar sind wieder viel zu viele Menschen bei dem Versuch, das zentrale Mittelmeer zu überqueren, ums Leben gekommen. *borderline-europe* zählte insgesamt 118 Menschen, die auf dieser Route gestorben sind, und 137 Menschen, die noch als vermisst gelten.

Im gleichen Zeitraum registrierte UNHCR 213 und IOM 248 Tote und Vermisste.

Fast zehn Jahre nach den tragischen **Schiffsunglücken am 3. und am 11. Oktober 2013** vor Lampedusa hat sich so gut wie nichts geändert, und die Menschen sterben weiterhin an denselben Orten mit der gleichen stillschweigenden Zustimmung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten.

Ein Beweis dafür ist das tragische Schiffsunglück, das sich vor der italienischen Küste Kalabriens ereignet hat: Am 26. Februar brach ein Holzboot aufgrund der rauen See in zwei Teile und bisher **69 Menschen** (es werden noch viel mehr vermutet) wurden Opfer dieser Ereignisse. Das Boot war von Izmir (Türkei) gestartet und hatte zwischen 150 und 200 Menschen aus Afghanistan, Pakistan, Syrien, Iran, Somalia und Palästina an Bord. Frontex sichtete das Boot bereits in der Nacht zuvor und gab die Nachricht weiter an die italienischen Behörden. Nach Angaben des Journalisten Sergio Scandura wurden die Schiffbrüchigen offenbar als "irreguläre Migrant\*innen" betrachtet, weshalb eine Polizeiaktion (Strafverfolgung) und keine Rettungs- und Bergungsaktion (SAR) eingeleitet wurde: Es wurden **zwei Zoll-Boote entsandt, die jedoch aufgrund der widrigen Wetterbedingungen** umkehrten, bevor sie das Boot erreichten.

Die Einstufung als Strafverfolgungsfall würde erklären, warum die "gelben Flammen", der italienische Zoll (ohne Koordinierung durch die italienische Küstenwache) nach dem Boot suchten. Die SAR-Operationen hingegen werden von der Küstenwache koordiniert, die mit Patrouillenbooten der 300er- und 800er-Klasse ausgestattet ist, welche mehr oder weniger jeder Situation auf See standhalten.

Daher, so Orlando Amodeo, Rettungsarzt in Crotone und langjähriger medizinischer Leiter bei der Staatspolizei, "**hätten diese Migrant\*innen gerettet werden können**, und es stimmt nicht, dass die Wetterbedingungen auf See eine Annäherung an das Boot der Geflüchteten unmöglich machten", da in der Vergangenheit ähnliche Rettungsaktionen bei ähnlichen Wetterbedingungen durchgeführt wurden.

Gegenwärtig gibt es ein **Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen Frontex, der Küstenwache und der Guardia di Finanza** (Zollfahndung), die versuchen, sich von ihrer Verantwortung freizusprechen.

Leider ereigneten sich im Februar weitere tödliche Unfälle: Anfang des Monats kamen bei einer **schrecklichen Schiffskatastrophe vor Lampedusa** acht Menschen ums Leben (drei Frauen, eine davon schwanger); zwei Personen werden noch vermisst, darunter ein vier Monate altes Baby und ein Mann, der versuchte, die Leiche des Babys zu bergen, wie die Überlebenden, die aus Tunesien losgefahren waren, mitteilten. Die maltesischen Behörden reagierten nicht, obwohl sie von einem tunesischen Fischerboot alarmiert wurden, welches meldete, dass sich anscheinend einige Leichen an Bord befanden. Die Staatsanwaltschaft in Agrigento (Sizilien) hat "**eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet**".

Ebenfalls Mitte des Monats, am 14. Februar, kam es vor der **libyschen Küste zu einem Schiffsunfall**, bei dem 11 Migranten als tot und 62 als vermisst (und damit vermutlich tot) gemeldet wurden; nach Angaben der IOM war das Boot mit rund 80 Menschen an Bord von Tripolis aus gestartet.

Die **Ermittlungen gegen vier Zollfahndungsmitarbeiter im Zusammenhang mit dem Schiffbruch** des Bootes "Heaven" im August 2020 vor La Castella (Kalabrien) wurden beendet. Auf dem Boot war es zu einem Zwischenfall gekommen, bei dem vier Menschen bei dem Versuch, sich zu retten, ertranken. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hätten die Beamten die Kontrolle über das Boot übernommen, anstatt die Passagiere auf ein sichereres Boot zu transferieren. Sie haben die Benzinkanister in der Nähe des Motors nicht bemerkt, und als sie den Motor starteten, explodierten die Kanister, die Menschen sprangen ins Wasser und starben. Die Beamten hatten die Geflüchteten nicht mit Schwimmwesten versorgt, bevor sie die Rettungsaktion starteten. Kurzum, die Tragödie hätte nach Ansicht der Staatsanwaltschaft vermieden werden können.

## WEGE NACH EUROPA

Von den fast 12.400 Geflüchteten (stand 21. Februar 2023), die dieses Jahr in Italien an Land gegangen sind, **kommen 1.515 Personen aus Guinea (12 %)**, 1.367 Menschen aus der Elfenbeinküste (11 %) und 967 Personen aus Pakistan (7,8 %). Mit einem **Anstieg der Ankunft von Menschen aus Guinea und der Elfenbeinküste** wird deutlich, dass es eine Veränderung der Rangfolge der Nationalitäten im Vergleich zum letzten Jahr gegeben hat: im Jahr 2022 kam die Mehrheit der Geflüchteten aus Ägyptern und Bangladesh.

# ZIVILER WIDERSTAND

## Dekret, weit entfernte Häfen und der Fall MSF

Wie in vielen unserer Veröffentlichungen berichtet, wird die Arbeit der NGOs von der italienischen Regierung auf jede erdenkliche Weise behindert. Zunächst einmal durch das neue Gesetzesdekret, das die NGOs faktisch dazu zwingt, einen Großteil ihrer Zeit damit zu verbringen, entfernte Häfen anzusteuern, und das vor kurzem von der Abgeordnetenkammer und **vom Senat** gebilligt wurde (wir berichteten darüber in der letzten Ausgabe **des Scirocco**).

Ein konkretes Beispiel dafür, wie das Dekret die Arbeit von NGOs behindert, sind die **Ereignisse, die Ärzte ohne Grenzen (MSF) Ende Februar betrafen**: Am 24. Februar sollte das Schiff von MSF, die Geo Barents zu einer neuen Rettungsmission auslaufen, doch stattdessen erhielt es von der Capitaneria di Porto von Ancona (Hafenbehörde, sie untersteht dem Verkehrsministerium) eine Geldstrafe in Höhe von 10.000 Euro und einen 20-tägigen Verwaltungsarrest (d.h. es darf den sizilianischen Hafen von Augusta nicht verlassen, wo es sich jetzt befindet). Zunächst schien es, als ob die vorletzte Mission, bei der die Geo Barents unerlaubterweise mehrere Rettungsaktionen durchführte, der Grund sei. Stattdessen hieß es, dass MSF gegen den Verhaltenskodex für NGO-Schiffe verstoßen habe, da es sich bei der letzten Mission (die in Ancona mit der Anlandung von 48 Personen endete) nicht ausreichend mit den italienischen Behörden abgestimmt habe.

Viele verschiedene Organisationen haben sich gegen dieses Dekret ausgesprochen, unter anderem die **UN** und **Amnesty International**. Beide befürchten, dass das Dekret lebensrettende Hilfe durch zivile Rettungsorganisationen im zentralen Mittelmeer behindern und zu mehr Todesfällen auf See führen könnte.

Nach Ansicht des UN-Hochkommissars Volker Turk hat das Dekret über die NGOs "**das Risiko erhöht, dass Migrant\*innen abgefangen** und nach Libyen zurückgebracht werden, einem Ort, den die UN nicht als sicher einstufen kann". Der italienische Staatssekretär Nicola Molteni beklagt sich über diese Worte: "Das sind **ideologische und unbegründete Kritiken**".

Die Arbeit der NGOs wird auch dadurch behindert, dass ihren Schiffen seit einiger Zeit unglaublich weit entfernte Häfen zugewiesen werden, um die aus Seenot geretteten Menschen an Land zu bringen: Erst diesen Monat musste die Geo Barents nach Ancona (fünf Tage Fahrt), die Ocean Viking nach Ravenna (vier Tage Fahrt) und die Aita Mari und die Life Support nach Civitavecchia (vier Tage Fahrt) fahren. Viele der Geretteten haben **unsägliche Gewalttaten in Libyen gesehen oder erlebt**.

In diesem Monat war auch das NGO-Schiff Sea Eye 4 im Einsatz; anfangs sollte es seine Passagiere **in Pesaro (Marken) an Land bringen**, aber der Hafen war fünf Tage entfernt, und nach der Bitte um einen näheren Hafen wurde das Schiff nach Neapel (Kampanien) geleitet. An Bord befanden sich 109 Personen aus zwei Rettungseinsätzen (und zwei Tote, die die Sea Eye 4 nicht retten konnte). Sea-Eye **kritisierte die italienische Regierung**, da sie die Menschen nicht in einen näher gelegenen Hafen bringen durfte.

Die Reaktionen der anderen zivilen Rettungsorganisationen, die dagegen protestierten, dass diese Praxis der Zuweisung entfernter Häfen **"gegen internationales Recht und das beste Interesse der Überlebenden"** verstößt, blieben erwartungsgemäß ungehört.

## Iuventa

Am 10. Februar fand die längste und hitzigste Anhörung im laufenden Prozess gegen die Seenotretter der Iuventa-Crew, Ärzte ohne Grenzen und Save the Children statt. Es ging um die **"unzureichende Übersetzungen und den Antrag der Regierung, als Nebenkläger aufzutreten"**.

Der Richter wies den Einwand des Anwalts der Iuventa-Crew zurück, dass die Qualität der Übersetzungen und des Dolmetschens während der Anhörungen unzureichend gewesen wäre (obwohl zahlreiche Expert\*innen sie für ungeeignet hielten).

Der Antrag des Innenministeriums und des Büros der Premierministerin, dem Prozess als Nebenkläger beizutreten, um die Angeklagten auf Schadensersatz zu verklagen, wurde ausführlich diskutiert.

Die Anwält\*innen der Verteidigung stellten einen Antrag auf Ausschluss der neuen Parteien, wobei sie betonten, dass deren Antrag sowohl formal als auch inhaltlich fehlerhaft und daher unzulässig sei. Am 25. Februar lehnte der Richter schließlich den Antrag des Büros des Premierministerin ab, während das Innenministerium **"formell als dritte Partei zugelassen wurde, ohne jedoch auf den Inhalt dessen Forderungen einzugehen"**. Weitere Anhörungen sollen im März folgen.

## Neue Schiffsverordnung in Deutschland

In diesem Jahr wird eine neue Schiffssicherheitsverordnung erwartet, die die Bestehende in Deutschland ändern soll. Dadurch würden die Anforderungen für kleinere Schiffe erhöht, was die Arbeit kleinerer deutscher NGOs erschweren würde. Kurz gesagt, diese Schiffe bräuchten ein Sicherheitszertifikat und müssten einige technische Anforderungen erfüllen (von denen sie derzeit befreit sind). Die potenziell betroffenen Seenotrettungsorganisationen unter deutscher Flagge sind: Mission Lifeline (Rise Above), RESQSHIP (Nadir), r42 (Imara), Mare Liberum, Sea-Watch (Aurora), SARAH (SARAH). Nach Angaben von Sea-Watch: "[würden] **die Änderungen nicht zu mehr Sicherheit an Bord führen, sondern unsere Arbeit nur erschweren**".

## Humanity 1

Eine gute Nachricht betrifft eine Entscheidung des Gerichts von Catania, das gegen die italienische Regierung und das selektive Anlandbringen entschied, zu der das Rettungsschiff Humanity 1 am 5. November 2022 gezwungen war. An diesem Tag wurde der Humanity 1 nach vielen Tagen auf See der Hafen von Catania zugewiesen; einige Tage zuvor hatte der Innenminister zusammen mit dem Verteidigungs- und dem Infrastrukturminister jedoch ein Dekret erlassen, das die Ausschiffung der Geflüchtete verhinderte und die Rettung nur für Menschen in "Notlagen" vorsah.

Die ersten Schiffbrüchigen, die von Bord gehen sollten, waren die 144 Personen in schlechtem Gesundheitszustand; 35 Personen mussten an Bord bleiben und sollten nach Vorgabe der Regierung die italienischen Hoheitsgewässer verlassen. Dennoch gingen sie am 8. November von Bord. In der Zwischenzeit hatten sie ihre Absicht geäußert, internationalen Schutz zu beantragen, und sie hatten vorsorglich einen Antrag beim Gericht von Catania gestellt.

Aus juristischer Sicht bedeutet die Tatsache, dass schließlich alle Personen von Bord gegangen sind, dass "der Streitfall beendet ist" (d.h. das Urteil ist nicht mehr erforderlich).

Das Gericht muss jedoch über die Kosten des Verfahrens entscheiden und sie der einen oder der anderen Partei auferlegen. In diesem Fall verurteilte das Gericht die Ministerien für Inneres, Verteidigung und Infrastrukturen, weil deren Erlass sowohl gegen nationale Gesetze als auch gegen internationale Normen verstieß. Er verstieß gegen das Recht auf Rettung und den Zugang zum Asylverfahren, da "ausgewählt" werden musste, wer von den 179 geretteten Flüchtlingen in Catania an Land gehen durfte.

Kontakt:

---

Sitz Palermo

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/>

[italia@borderline-europe.de](mailto:italia@borderline-europe.de)